Verlangt wurden 1 Mark für Jugendliche und zwei Mark für Ledige und Verheiratete und für letztere außerdem drei Mark Haushaltgeld und eine Mark Zulage je Kind. Das Verlangen auf Verfahren der achten Ueberstunde wurde einmütig abgelehnt. An den Sätzen soll bei den in Zwickau stattfindenden endgültigen Verhandlungen, an denen Vertreter der Landes- und Reichsregierung teilnahmen, festgehalten werden. Ein Streikbeschluß wurde nicht gefaßt. Der Schlichtungsausschuß soll evtl. entscheiden bezw. die einzelnen Belegschaften der Werke ihre endgültigen Beschlüsse fassen.

— Erster deutscher Lehrer-Farbentag. Bei ungewöhnlich starker Beteiligung wurde am Sonnabend vormittag in der Aula der Dresdner Fach- und Fortbildungsschule der erste deutsche Lehrerfarbentag durch Geheimrat Ostwald eröffnet. Im Namen der deutschen Werkstelle für Farbkunde begrüßte er die aus allen Teilen des Landes erschienenen Lehrer und Interessenten und richtete Worte des Dankes an die Staatsregierung und an die Stadtverwaltung Dresden. Im Namen der Staatsregierung, und zwar insbesondere im Auftrage des Unterrichtsministeriums und des Wirtschaftsministeriums gleichzeitig auch als erster Vorsitzender des Vereins zur Förderung der deutschen Werkstelle für Farbkunde, wandte sich Ministerialdirektor Dr. Klien mit herzlichen Begrüßungsworten an die Versammlung, um dann auf die bereits unternommenen Schritte zur Förderung der Ostwaldschen Farblehre zu sprechen zu kommen. In Erkenntnis der hohen Bedeutung dieser Forschungsergebnisse für Industrie, Gewerbe und Handwerk und auch für das Kunstgewerbe habe die Regierung mit den Städten Dresden und Chemnitz die Deutsche Werkstelle für Farbkunde eingerichtet. Von größter Wichtigkeit sei jetzt die Einführung der neuen Lehre in den Schulunterricht. Dann begannen die Vorträge. Zunächst sprach Geheimrat Ostwald über „Grundsätzliches zum Farbunterricht". Im Rahmen dieses Themas legte der Gelehrte das Wesentlichste seiner Forschung und ihrer Verwendung im Schulunterricht dar. Den zweiten Vortrag hielt Professor Eißner-Dresden über Einführung in die Farblehre „mit Kreiselversuchen" und zuletzt verbreitete sich Schuldirektor Krause-Dresden über „Die Bedeutung der Farbkunde für Anschauung und Werktätigkeit in der Schule". Der Nachmittag war mit Berichten über die Erfahrungen mit Ostwalds Farbenlehre im praktischen Unterricht gefüllt, worüber Oberlehrer Doria-Chemnitz, Lehrer Fleischer-Meißen, Lehrer Hasenohr-Leipzig, Lehrer Borchers-Bölitz-Ehrenberg und Lehrer Borges-Freiberg sprachen. Ein Austausch über das Gehörte und eine Besichtigung der in einem Nebensaal ausgestellten Lehrmittel und Darstellungen für den Farbunterricht beendeten die Tagung.

—* Deutsch-tschechische Schiffahrtsverhandlungen. Wie die Prager „Bohemia" erfährt, finden am 12. Dezember in Dresden Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Privatinteressenten statt, um die Frage der Verteilung der Elbetonnage im Wege der Vereinbarung zu lösen. Sollten diese Verhandlungen kein Ergebnis zeitigen, wird der amerikanische Schiedsrichter eine endgültige Entscheidung treffen.

Großenhain. Bei der Stadtverordnetenwahl am Sonntag wurden 12 Bürgerliche, 6 Sozialdemokraten und 2 Unabhängige gewählt. Es besteht also nunmehr in unserem Stadtverordnetenkollegium eine bürgerliche Mehrheit, während im alten 10 Bürgerliche und 10 Sozialdemokraten saßen. Bei der Stadtverordnetenwahl im Jahre 1919 hatten die Bürgerlichen nur eine Liste aufgestellt, diesmal trat jede bürgerliche Partei mit einer eigenen Liste auf. Es erhielten die Demokraten 3 Sitze, die Deutsche Volkspartei 5 Sitze und die Deutschnationalen 4 Sitze. Die Wahlbeteiligung betrug 1919 80 Prozent, am Sonntag 78,59 Prozent.

Löbau. Der ehemalige Molkereidirektor Schünemann, der, wie gemeldet, wegen verschiedener Straftaten in Haft genommen worden war, ist ins Landgericht Bautzen gebracht worden, wo demnächst die Verhandlung gegen ihn stattfinden wird. Eine Haftentlassung gegen Kaution war abgelehnt worden, da gegen Schünemann schwere Anklagen vorliegen, die sich im Laufe der Untersuchung noch wesentlich verstärkt haben. Der Angeklagte hat nicht nur schwere Schiebereien verübt und sich durch Verdünnung der Milch und Verwässerung von Quark bereichert, sondern auch die Molkerei selbst schwer geschädigt, so daß auch diese Genossenschaft Klage erhebt. Das Vermögen Schünemanns, das in verschiedenen Bankdepots und einem Schatz von Gold- und Silbermünzen bestand, die er widerrechtlich zurückgehalten hatte, ist beschlagnahmt worden und soll zur Deckung der Ansprüche der Molkereigenossenschaft und der Steuer dienen. Der Buchhalter der Molkerei ist aus der Haft entlassen worden, aber der Sohn Schünemanns, der nicht so belastet ist wie sein Vater, wird noch in Haft gehalten.

Klingenthal. Ein nichtswürdiger Anschlag auf ein Automobil wurde am Freitag ausgeführt. Als das Auto, in dem sich außer dem Chauffeur ein Fabrikbesitzer aus Klingenthal mit Frau und Tochter befanden, von Plauen kommend, sich hinter Rottenheide auf dem Wege nach Bwota befand, fuhr es gegen ein über die Straße in dreifacher Reihe gespanntes Drahtseil, das durch die Wucht des Mitfahrenden geschossenen Autos zerrissen wurde. Gleich darauf fiel aus dem Walde ein Schuß, der von der Seite in das Automobil ging, zum Glück aber niemanden traf. Im schneller Fahrt eilte das Automobil mit den erschrockenen Insassen nach Klingenthal. Wäre es ein offener Wagen gewesen, dann hätten die Drähte, die in Kopfhöhe gespannt waren, dem Lenker des Kraftwagens den Kopf unzweifelhaft abgerissen. Das Automobil, das der Firma Schlott gehörte, brachte die schwerkranke Frau des Mitbesitzers dieser Firma, Franz Maul, aus einer Klinik in Plauen nach Hause.

Werdau. Ein Streik der Schweizer war auf den Rittergütern in der Amtshauptmannschaft Werdau am Donnerstag ausgebrochen, der aber bald wieder beigelegt werden konnte. Betroffen wurden davon die Rittergüter Neuwertsgrün, Trünzig, Schweinsburg, Frankenhausen, Gablenz usw. Die Schweizer haben bei den Einigungsverhandlungen, die am Donnerstag nachmittag in der „Krippe" stattfanden, die schriftliche Zusage gegeben, daß bei schwebenden Differenzen kein Streik wieder stattfinden dürfe.

Schedewitz bei Zwickau. Die kostenlose Totenbestattung hat die hiesige Gemeinde nun endgültig eingeführt, nachdem das diesbezügliche Ortsgesetz von den Aufsichtsbehörden genehmigt worden ist. Die Gemeinde bietet danach ihren unterstützungsberechtigten Einwohnern den Sarg, die Bekleidung der Leiche, die Ausfahrung, die Behandlung der Leiche durch die Hebamme und die Gebühren für den Totenbetter (Grabanfertigung, Transport der Bahre). Dagegen werden die Kosten für den Leichenwagen, Läuten, Auskleiden des Grabes mit Reisig, Blumenkorb, Orgelspiel, kirchliche Gebühren, Ausmauern des Grabes nicht übernommen.

Adorf i. V. Der Müllerverband im Bezirke der Amtshauptmannschaft Oelsnitz hat beschlossen, da die Reichsgetreidestelle die Zuweisung von Mahlgetreide abgelehnt hat, zum Schutze der gewerblichen und der Lebensinteressen des Müllerberufes künftig jede Revision durch die Reichsgetreidestelle zurückzuweisen. Sollte die Reichsgetreidestelle die Fortsetzung der Revisionen erzwingen, so schließen sämtliche Müller des Bezirks ihre Betriebe. Weiter beschloß der Verband, falls die Schließung der Betriebe zur Tatsache werden sollte, durch zahlenmäßige Beweise die Verbraucherkreise darüber aufzuklären, wo die Ursachen der Brotverteuerung und der Mehlnot zu suchen sind.

* Leipzig. Die selbständigen Handel- und Gewerbetreibenden Leipzigs veranstalteten gestern eine Protestversammlung gegen die drohende Kommunalisierung und Sozialisierung. Nach längerer Aussprache gelangte eine Entschließung zur Annahme, in der u. a. gesagt wird: Die versammelten selbständigen Handel- und Gewerbetreibenden Leipzigs erheben schärfsten Widerspruch gegen die in Aussicht genommene Kommunalisierung von Handel und Gewerbe. Die Versammelten sprechen sich insbesondere gegen den Abänderungsvorschlag des Kommunalisierungsausschusses der Sozialisierungskommission aus, nach dem den Ländern Befugnisse über die Kommunalisierung eingeräumt werden sollen. Die Einführung der Kommunalwirtschaft würde die Bürokratisierung von Handel und Gewerbe verewigen. — Die in Leipzig und Umgebung wohnenden abstimmungsberechtigten Oberschlesier veranstalteten am Sonntag im Zentraltheater eine Massenprotestkundgebung gegen die Absicht, daß die im Reiche wohnenden Oberschlesier nach den Unterredungen in London getrennt von den in Oberschlesien lebenden Volksgenossen abstimmen sollen. Es gelangte eine Entschließung zur Annahme, in der u. a. gesagt wird: Die abstimmungsberechtigten Oberschlesier von Leipzig und viele Leipziger Einwohner legen schärfste Verwahrung dagegen ein, daß nach dem Vorschlag der Entente die im Reiche lebenden abstimmungsberechtigten Oberschlesier getrennt von den dort lebenden abstimmen sollen. Diese Absicht widerspricht den Abmachungen des Versailler Vertrages.

11. ordentliche evang.-luth. Landessynode.

Zu Beginn der heutigen 13. Sitzung der Synode teilt Präsident Dr. Seetzen mit, daß die nächste Sitzung wegen des beginnenden Landtages in den Räumen der vormaligen 1. Kammer stattfinden werde. Zugleich spricht er dem Präsidenten der vormaligen Volkskammer den Dank der Synode dafür aus, daß er die erforderlichen Räume und einen Teil der Beamtenschaft zur Verfügung gestellt habe, sodaß die Synode unter günstigen äußeren Verhältnissen habe tagen können.

Hierauf folgt die Abstimmung über den Antrag Michael und Genossen über das Verhalten der Geistlichen usw. bei Austritten aus der Kirche. Diese Abstimmung hatte in der vorigen Sitzung vertagt werden müssen, da das Haus nicht beschlußfähig war. Es handelt sich, wie der Berichterstatter bereits in der 12. Sitzung ausgeführt hatte, um Abänderungsvorschläge der Synode für die Verordnung des Landeskonsistoriums vom 20. Februar 1920. Diese Verordnung, welche auf eine Anregung der vorigen XI. Landessynode zurückgehe, habe bei ihrem Erscheinen vielfach enttäuscht. Hauptsächlich deshalb, weil doch zu viel Wichtiges bei der Behandlung der aus der Kirche Ausgetretenen wiederum in das subjektive Ermessen des einzelnen Geistlichen gestellt ist. Es sei dringend nötig, daß bestimmte einheitliche Richtlinien für jeden Geistlichen gegeben werden. Die Synode nimmt diese Abänderungsvorschläge an, unter Berücksichtigung eines Aenderungsantrages Pfüschmann-Heinichen. Demnach würde zu bestimmen sein: Wer aus der Kirche austritt, verliert alle Rechte an ihre Gegnungen und Güter, insbesondere auch das Wahlrecht, den Anspruch auf seelsorgerliche Bedienung, sowie den Anspruch an die Wohlfahrtseinrichtungen der Kirche und Kirchgemeinden. Die Taufe von Kindern Ausgetretener soll nicht verweigert werden, wenn die Paten der Kirche angehören. Die Zulassung zum Konfirmandenunterricht von Kindern ausgetretener Eltern soll, solange sie das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Erziehungsberechtigten oder bei Wiedereintritt eines Elternteiles gewährt werden. Beim Begräbnis der Ausgetretenen soll die kirchliche Mitwirkung versagt werden, mit der Ausnahme, daß der Ausgetretene dem zuständigen Geistlichen die Absicht seines Wiedereintrittes noch mitgeteilt hat, ohne daß dies verwirklicht werden konnte. Eine schlichte Hausandacht für die Hinterbliebenen Ausgetretener ist erst nach der Beerdigung gestattet. Die Wiederaufnahme Ausgetretener soll u. U. von einer längeren Wartefrist abhängig gemacht werden und in der Regel durch Teilnahme am Heiligen Abendmahl und Abnahme des Handschlags erfolgen.

Abgelehnt wird ein Gesuch des Vereins der Ev.-luth. Kirchgemeinde Döbeln, auch bei Hauptgottesdiensten die Möglichkeit zu haben, ausnahmsweise von der sonntäglichen Ordnung in Liturgie und Perikopenreihe abzuweichen. Die Gesuchsteller dachten dabei hauptsächlich an Evangelisationen im Hauptgottesdienst. Die Ablehnung erfolgt auf die Erklärung von DDr. Dibelius hin, daß die Möglichkeit, von der vorgeschriebenen Ordnung für den Hauptgottesdienst in besonderen Fällen abzuweichen, jetzt schon bestehe, es bedürfe nur der Anzeige an die Superintendentur.

Nächste (letzte) Sitzung Dienstag, den 7. Dezember, vorm. 9 Uhr.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 7. Dezember 1920.

Meldungen der Berliner Morgenblätter.

)(Berlin. Wie der „Lokalanzeiger" aus Wien meldet, hat sich die österreichische Regierung bereit erklärt, 3000 österreichische Staatsbeamte für Eisenbahnzwecke zu übernehmen. Zahlreiche Beamte haben sich bereits gemeldet.

Einer Meldung der „Voss. Ztg." zufolge hat der Rheinische Provinziallandtag eine Kommission eingesetzt, um die Ausgestaltung der Rheinischen Provinzialverwaltung zu prüfen. Unter stürmischem Beifall erklärte der Zentrumsabgeordnete Heß, die Rheinländer seien der getreue Eckehard des Deutschtum im Westen, sie sind und bleiben deutsch bis auf die Knochen.

Nach einer Meldung der „Voss. Ztg." aus Breslau warf der Leutnant Wistek in betrunkenem Zustande eine Handgranate in ein Restaurant, in dem ihm die Verabreichung von Schnaps verweigert worden war. Durch die Explosion wurden 2 Leute getötet und 6 verwundet. Der Täter wurde verhaftet.

Die passive Resistenz der Karlsruher Postbeamten.

)(Frankfurt a. M. Die „Frankfurter Ztg." meldet aus Karlsruhe, die passive Resistenz der Postbeamten im Oberpostdirektionsbezirk Karlsruhe ist im Abflauen begriffen.

Streik der Textilarbeiter in München-Gladbach.

)(Frankfurt a. M. Die Frankfurter Zeitung meldet aus München-Gladbach: Heute haben 25000 Arbeiter der Textilindustrie im München-Gladbacher Bezirk die Arbeit niedergelegt. Ihre Forderungen waren bewilligt worden. Die Einführung der 46stündigen Arbeitswoche jedoch nicht.

Passagierdampferlinie Danzig—Libau.

)(Bremen. Der Norddeutsche Lloyd eröffnet am 15. Dezember eine regelmäßige Passagierdampferlinie mit wöchentlich zweimaligen Fahrten zwischen Danzig und Libau über Pillau mit dem kürzlich käuflich erworbenen Passagierdampfer „Nymphe". Es werden Gepäck, Expreßgüter und in geringerem Umfange auch Frachtgüter befördert.

Ein 23jähriger Muttermörder.

)(Danzig. Vorgestern ermordete in Langfuhr der 23jährige Kaufmannslehrling Erich Lange, Sohn eines Eisenbahnobersekretärs, seine Mutter in der elterlichen Wohnung durch Erdrosseln mit einem Handtuch, weil seine Mutter ihm Geld verweigerte. Er wurde verhaftet und ist geständig.

Durch einen Steinwurf verletzt.

)(Wien. Bei einer Versammlung ausständiger Metallarbeiter auf dem Schwarzenbergplatz wurden durch Steinwürfe die Fensterscheiben mehrerer Kaffeehäuser zertrümmert. Durch einen Steinwurf wurde dem „Neuen Wien. Tagbl." zufolge die Gattin des französischen Generals Hallier, die gerade im Automobil vorüberfuhr, verletzt. Nach amtlicher

Wie Gustav Mahler dirigierte.

Die mit Spannung erwarteten „Erinnerungen" der berühmten Sängerin Anna Bahr-Mildenburg sind nun im Verlag der Wiener Literarischen Anstalt erschienen und lassen uns ein reiches, der Kunst geweihtes Dasein miterleben, in dem die Gestalt des genialen Lehrers der Künstlerin, Gustav Mahler, und die Festspiele von Bayreuth eine Hauptrolle spielen. Besonders ist das Werk ein literarisches Denkmal für Mahler, und wohl nirgends sonst tritt uns die Persönlichkeit dieses „großen Musikanten" so lebendig entgegen. Sie erzählt, wie Mahler den Sängern auf der Bühne mit dem Taktstock folgte. „Mahler verständigte den Künstler auf mannigfaltige Weise vom Pulte her, wenn er über Vortrag und Tempo einer Stelle nicht einverstanden war. Auf einmal ging ein Fragen los, ein Fragen mit den Augen und mit den Händen, eine Verwunderung, ein Nichtbegreifen, ein Achselzucken, wobei der Taktstock drängend und drohend durch die Luft schnitt. Mancher Künstler verstand ihn und paßte sich rasch seinen Wünschen an, aber viele wurden auch ängstlich, verwirrt und vermochten nicht ihre Gangart zu ändern. Da kam dann oft ein Augenblick, wo Mahler plötzlich wie entkräftet mit hoffnungslos resignierter Gebärde beide Arme und dann langsam auch den Kopf sinken ließ, sich zurücklehnte und den Taktstock nur ganz lässig in dem vom Künstler so hartnäckig behaupteten Tempo zwischen den Fingern hin und her schaukelte. Dieser Sänger bekam dann sicherlich unmittelbar nach dem Aktschluß in seine Garderobe eine wenig angenehme Botschaft vom Kapellmeister. Noch eine andere Art Mahlers, sein Mißfallen auszudrücken, konnte Sänger und Orchester sehr beunruhigen. Hatte einer falsch gespielt oder gesungen, so führte der Kapellmeister mit dem Taktstock durch die Luft einen Stoß nach ihm, reckte Kopf und Hals drohend nach ihm aus, fixierte ihn mit stechenden Augen und blieb eine Weile in dieser auffallenden Stellung, während er mit der freien Hand weiter dirigierte und, ohne hinzusehen, den andern Mitwirkenden ihre Zeichen gab. Erschreckend wütend konnte er dabei aussehen, und ich nahm mir fest vor, falls ich mich irren würde, nicht zu ihm hinunterzuschauen." Als sie daher einmal in einer Koloraturarie unglücklicherweise in eine frühere Stelle geriet, drehte sie sich einfach um und überließ alles den Göttern, bis dann schließlich die „Sehnsucht nach dem erlösenden hohen C des Schlußtaktes" sie bewog, ihn anzusehen, und sie nun den richtigen Uebergang fand. „Er verstand es, den Sängern aus jeder noch so verwickelten Situation zu helfen — nur fest anschauen mußte man ihn. Seine Lippen sangen und sprachen dann die gefährdete Stelle mit und seine Hände vermochten in ihrer vielsagenden Beweglichkeit den richtigen Weg zu weisen." Zunächst war Mahler ein ziemlich unruhiger beweglicher Dirigent; in den letzten Jahren seines Lebens aber hatte er seinen Körper zu eherner Ruhe gebändigt. „Umso gewaltiger entströmte Kraft und Wille dieser unheimlichen Gelassenheit. Ich sah oft im Konzertsaal sein Dirigieren, oder ich setzte mich in unsere Künstlerloge in der Oper und sah von oben dem kleinen Riesen zu. Er war ganz absichtslos in seinen Bewegungen, das Dirigieren wurde durch ihn nicht zur schauspielerischen Leistung, er wollte nicht wirken, nicht gefallen, nicht interessieren, es war kein Schaudirigieren, er wollte nur dienen und erfüllen."

Kunst und Wissenschaft.

Albertheater und Volksbühne. Die Begründung einer Dresdner Volksbühne nach Art der Berliner Freien Volksbühne ist wiederholt Gegenstand von Erörterungen gewesen, ohne daß jedoch bisher irgend welche greifbaren Erfolge erzielt worden wären. Nun hatte zum Mittwoch die B. B. K. (Vereinigung für Volksbildung und Kunstpflege) eine Reihe interessierter Körperschaften, die beiden sozialistischen Parteien, die Gewerkschaften aller Richtungen, den Rat und das Kollegium der Stadt und den Verein Volkswohl zu einer Vorbesprechung der Volksbühnen-Angelegenheit eingeladen. Den unmittelbaren Anstoß gab die Sorge um das künftige Schicksal des Albertheaters. Dieses Haus ist infolge seines schlechten Geschäftsganges in Gefahr, aus einer Kunsthütte in ein nur von rein kapitalistischen Gesichtspunkten aus geleitetes Vergnügungsunternehmen (Kino, Varietee oder Ähnliches) umgewandelt zu werden. Die Direktion war darum an die B. B. K. mit dem Vorschlag herangetreten, einen Volksbühnen-Verein zu schaffen, der eine tragfähige Besucherorganisation darstelle und das Albertheater in Pacht in eigene Regie übernehmen könne. Diesen Plan entwickelte Herr Karl Vogt in der Versammlung ausführlicher. Er gab einen Ueberblick über die wirtschaftliche Notlage des Albertheaters, die vor allem durch die städtische Billettsteuer verschuldet sei; eine Volksbühne dürfte hoffen, von ihr befreit zu werden. Immerhin müßte der Verein, um allen finanziellen Verpflichtungen, die ihm aus der Uebernahme des Hauses erwüchsen, gerecht zu werden, bei einem Monatsbeitrag von 5 Mark mindestens 28000 Mitglieder umfassen. Herr Vogt meinte jedoch, es müsse bei eifriger Werbearbeit wohl möglich sein, diese Zahl in kürzester Zeit zusammenzubringen und er forderte die B. B. K. oder den schleunigst zu gründenden Volksbühnenverein auf, am 11. Dezember in der Generalversammlung der Albertheater-Aktiengesellschaft ein Pachtangebot zu machen. Schnelle Entscheidung sei notwendig, da sonst über das Haus anders verfügt würde. In der folgenden Diskussion wurde zwar von sämtlichen Rednern die Notwendigkeit eines Volksbühnenvereins betont, alle aber äußerten begründete Zweifel daran, daß es möglich sei, in Kürze eine so große Organisation ins Leben zu rufen, wie sie die Uebernahme des Albertheaters erfordere. Zum Schluß wurde aus der Versammlung eine Kommission gewählt, die Herrn Vogts Vorschläge prüfen, unabhängig davon aber zugleich die Gründung einer Volksbühne auf breitester Basis in die Wege leiten soll. Es gehören zu dieser Kommission außer dem sechsköpfigen Theaterausschuß der B. B. K. noch ebenso viel Herren der verschiedensten Körperschaften. Die Kommission wird in einiger Zeit das Ergebnis ihrer Arbeit in einer neuen Versammlung bekanntgeben.

Der verbotene Shakespeare. Selbst der alte Shakespeare muß sich noch die Zensur gefallen lassen, und zwar in einem so aufgeklärten Ort, wie Lausanne in der französischen Schweiz. Wie von dort berichtet wird, spielte eine Genfer Schauspielergesellschaft Shakespeares „Maß für Maß" in der Uebertragung von Guy de Pourtales. Am nächsten Tage erhielt der Direktor eine Mitteilung des Lausanner Polizeichefs, daß von dem Publikum zahlreiche Beschwerden über die „pornographische Tendenz" des Stückes eingelaufen seien. Er könne daher weitere Aufführungen dieses „unanständigen Stückes", das „einen schlechten Einfluß auf den guten Ruf der Stadt" haben müsse, nicht gestatten. Der Direktor mußte daher „Maß für Maß" vom Spielplan absetzen.

Attilas Sarg gefunden? Aus Budapest wird uns gemeldet, daß im Beite des Flüßchens Uranka bei Nagy-Szent-Miklos ein großer Sarg gefunden wurde. Die Hebungsarbeiten sind gegenwärtig im Zuge. Nach Ansicht von Archäologen könnte es sich um den Sarg Attilas handeln, dessen Leichnam der Ueberlieferung zufolge bekanntlich in drei Särge gebettet in einem Flusse versenkt wurde. In der Gemarkung der Stadt Nagy-Szent-Miklos waren seinerzeit sehr schöne Goldgefäße aus der Zeit der Völkerwanderung gefunden worden. Dieser Goldschatz, der unter dem Namen Attila-Fund bekannt ist, wurde seinerzeit in die Schatzkammer der Hofburg gebracht.

SLUB
Wir führen Wissen.